

Rede Menschenkette für Frieden in Gaza Köln 7.7.24 Isabelle Casel

Ich möchte in einem Land leben ohne Doppelmoral! In dem jedes Leben gleich viel wert und schützenswert ist.

NIE WIEDER bedeutet: Nie wieder zusehen, wenn Unrecht, Vertreibung und Völkermord geschehen, egal welche Ethnie, Nationalität oder Glaubenszugehörigkeit betroffen ist!

Das heißt jeder der wegsieht und nichts tut, oder sogar die rechtsradikale Regierung in Israel auch noch mit Waffenlieferungen unterstützt, wie es die Bundesregierung tut, macht sich mitschuldig.

Die Zahl der Toten liegt bei mindestens 40.000 - davon 70% Frauen und Kinder, 85.000 Verwundete. Fast sämtliche Bewohner des Gazastreifens sind zu Binnenflüchtlingen geworden, denn Die Städte sind zu unbewohnbaren Trümmerwüsten zerstört. Im Zuge des Vernichtungskriegs des Israelischen Regierung gegen die Palästinenser leiden 98% der Menschen in Gaza an schwerem Hunger, der gezielt als Mittel der Kriegsführung eingesetzt wird. 3000 Kinder sind bereits verhungert! 20.000 gelten als „Verschollen“ – unter Trümmern begraben, oder umherirrend auf der Suche nach Verwandten und Essen.

Durch die Abriegelung, die Bombardierung von Hilfslieferungen, die Verweigerung von Wasser, Nahrungsmitteln, Medikamenten und Treibstoff durch Israel für die inhaftierte Bevölkerung, ist Gaza zu einem Hungernotstandsgebiet geworden – und die Staaten die Druck auf Israel ausüben könnten wie USA und Deutschland lassen das zu!

Zu der langen Liste an Kriegsverbrechen welche die IDF täglich begeht, gehört neben Bombardierungen von ZivilistInnen, sogar in „als sicher Zone“ definierten Flüchtlingslagern, Krankenhäusern, Schulen... auch die Folterung von unter Generalverdacht gestellten inhaftierten Männern.

Die zahllosen rassistischen und an faschistische Sprache erinnernden Äußerungen israelischer Minister und Generäle sind verstörend und zielen auf die Zerstörung der palästinensischen Nation und die endgültige Vertreibung, die 1948 mit der Nakba begann.

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat die Völkermordklage gegen Israel angenommen und damit einen Anfangsverdacht bestätigt, dass der Staat Israel sich in Gaza dieses schweren Verbrechens schuldig macht.

Alle Vertragsparteien der Völkermordkonvention sind verpflichtet, Maßnahmen zur Verhinderung von Völkermord zu ergreifen. Doch was tut die deutsche Regierung? Während sich zahlreiche Länder, darunter Spanien, als erstes europäisches Land der Völkermord Klage von Südafrika angeschlossen haben, hat Deutschland sich als einziges Land der Welt auf die Seite der rechtsextremen israelischen Regierung gestellt. Deutschland ist zweitgrößter Waffenexporteur an Israel.

Die Bundesregierung trägt durch die seit dem 7. Oktober 2023 fast verzehnfachten Waffenlieferungen an Israel aktiv zur Fortführung des Krieges mit unzähligen Opfern bei. Zu Recht ist die deutsche Regierung daher von Nicaragua zur Beihilfe am Völkermord beim IGH verklagt worden. Gleichzeitig verhindert die juristisch nicht fixierte sogenannte deutsche Staatsräson den wichtigen offenen Diskurs in der Bevölkerung, die den Kurs der Regierung mehrheitlich ablehnt.

Wir sagen: Die deutsche Regierung handelt nicht in unserem Namen, wenn sie die völlig unverhältnismäßige israelische Gewalt als legitime Selbstverteidigung rechtfertigt, den

Schutz unschuldiger Menschen verbal anmahnt, tatsächlich aber diesen Gewaltexzess mit Waffenlieferungen unterstützt und politisch flankiert.

Der Terroranschlag der Hamas vom 7. Oktober 2023 hat 685 israelischen ZivilistInnen, 373 Mitgliedern der Sicherheitskräfte und 71 Ausländern das Leben gekostet. Das ist zu verurteilen, aber es ist keine Rechtfertigung für Israels Genozid in Gaza oder die Siedlergewalt in der Westbank!

Es stellt sich die dringende Frage, wie die israelische Regierung zu einer Änderung ihrer Politik bewegt werden kann, wenn ihre Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen aufgrund der Doppelmoral von verbündeten Staaten der westlichen Regierungen ohne Konsequenzen bleiben.

Es braucht internationale Kooperation um Druck auf Deutschland auszuüben, die Waffenlieferungen in Kriegsgebiete, allen voran an Israel und die Ukraine sofort zu beenden. Die einzige deutsche Partei die dies fordert ist die neue BSW – der Antrag wurde in den Bundestag eingebracht. Zum Glück gibt es Unterstützung aus der linken israelischen Zivilgesellschaft, wie sich kürzlich junge Leute in Israel am Eingang der deutschen Botschaft in Tel Aviv angekettet haben, um gegen die Waffenlieferungen Deutschlands zu protestieren. So bat auch der israelische Aktivist von Combattants for Peace am Donnerstag: „hilft uns gegen die Faschistisierung unserer Gesellschaft – es braucht Druck von außen auf die israelische Regierung“

Doch auch bei uns, in den USA und anderen europäischen Ländern kommt der Widerstand nur von unten – von uns hier auf der Straße. Wir müssen uns noch weiter europäisch und international vernetzen, z.B. mit den Kräften von LFI, dem Europäischen Komitee gegen den Krieg – gegen den sozialen Krieg, das mit Vertretern aus 16 Ländern einen Aufruf für den Stopp aller Waffenlieferungen gestartet hat, aber auch mit Aktivisten aus den USA um Druck auf unsere Regierungen auszuüben. Der nächste wichtige Termin dafür ist die bundesweite Demonstration am 3.Oktober in Berlin um den Widerstand aus der Zivilgesellschaft internationalistisch zusammenzubringen.

Wir brauchen eine laute gesamteuropäische Stimme die sich für einen Waffenstillstand und eine nachhaltige Friedenslösung einsetzt. Diese kann nur in einem Ende der Besatzung des Westjordanlandes, einem Ende der Blockade des Gazastreifens und einer Gewährung gleicher Rechte für alle Menschen bestehen, die zwischen Jordan und Mittelmeer leben. Ohne Besatzung gäbe es keine Hamas, keine Hisollah! Es darf kein weiteres "Konfliktmanagement" geben, das die Besatzung fortsetzt - das bedeutet nur in zukünftige Spannungen und weitere Kriege zu investieren – das Gegenteil von Sicherheit für Alle!

Das international anerkannte Existenzrecht Israels geht Hand in Hand mit dem Existenzrecht eines souveränen, selbstbestimmten und lebensfähigen Staates Palästina im Sinne des UN-Teilungsplans.

Um ernsthafte Verhandlungen über einen gerechten Frieden führen zu können, ist die Anerkennung eines unabhängigen Staates Palästina in den Grenzen von 67 Jahren mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt durch alle europäischen Staaten wichtig, um das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes zu unterstreichen.

Deutschland, die EU und die USA müssen die Waffenlieferungen an Israel sofort einstellen.

Das Assoziierungsabkommen zwischen Israel und der EU, das beide Partner zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet, sollte ausgesetzt werden, bis Israel die UN-Resolutionen umgesetzt hat.

Natürlich braucht es auch eine sofortige Freilassung aller Geiseln sowie der palästinensischen Gefangenen. Derzeit hält der israelische Staat weit über 10.000 Palästinenser gefangen, darunter viele Minderjährige, und verstößt damit gegen das Völkerrecht und die Kriegsgesetze.

Alle Zahlungen, vor allem auch die deutschen an die UNRWA, von deren Handlungsfähigkeit das Überleben zahlloser Palästinenser abhängt, müssen wieder aufgenommen werden

Den palästinensischen Flüchtlingen muss das Recht auf Rückkehr in ihr Heimatland gewährt werden.

Alle Seiten müssen Feinde als menschliche Wesen erkennen – wir müssen weg von schwarz/weiß, gut /böse – zurück zum Humanismus – jedes Leben muss gleich viel wert und schützenswert sein – die Waffen müssen schweigen!

für „Was Tun“ Köln